

Arbeitsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen Referatenorgane unterstützen zu wollen, und auch den Vorstand des Börsenvereins um seine Unterstützung gebeten. Der Vorstand empfiehlt die Unterstützung obiger Bestrebungen aufs wärmste und bittet, daß alle einschlägigen Zeitschriften der genannten Stelle sofort (wenn auch nur leihweise) zur Verfügung gestellt werden. Er hat weiter diese Zusage gegenüber dem Herrn Reichsminister des Innern in Berlin wiederholt und den Deutschen Verlegerverein gebeten, diese Bestrebungen zu unterstützen. Das ist von ihm auch zugesagt worden.

4. An Stelle des aus dem Festauschuß ausscheidenden Herrn Hofrat Richard Linnemann ist vom Vorstand Herr Johannes Friedrich Dürr gewählt worden. Herr Dürr hat seine Mitarbeit zugesagt.

5. Wie sich herausgestellt hat, ist die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg mehrfach als reguläre Buchhandlung behandelt worden.

Der Vorstand des Börsenvereins stellt dem gegenüber fest, daß diese Gesellschaft gemäß § 3 der Verkaufsordnung für den Verkehr des deutschen Buchhandels mit dem Publikum nicht zu den Buchhändlern oder gewerbmäßigen Wiederverkäufern zählt, sondern als Publikum zu betrachten ist.

6. Da die Arbeiten des Verlagsausschusses sich immer mehr vermehrt haben, hat sich das Bedürfnis herausgestellt, die zahlreichen schwierigen Fragen, welche bei der Bibliographie auftauchen, durch einen engeren Ausschuß beraten zu lassen, damit auf diese Weise eine Entlastung des Verlagsausschusses und eine größere Förderung der Bibliographie eintritt.

In diesen Ausschuß sind folgende Herren gewählt worden:

- Kommerzienrat Artur Seemann, Leipzig,
- David Rost i. Fa. J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung, Leipzig,
- Carl W. Günther i. Fa. Friedr. Hofmeister, Leipzig,
- Bibliothekar Dr. Fress, Leipzig,
- Paul Eger, Leipzig.

Zum Erlaß betr. Lehrbücher für Geschichte.

Besprechung der förmlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Voelz und Genossen in der Verfassungskommision der Preussischen Landesversammlung,

118. Sitzung vom 21. Februar 1920.

(Fortsetzung zu Nr. 64 u. 65.)

Vizepräsident Dr. v. Kries: Das Wort hat der Abgeordnete Wildermann.

Wildermann, Abgeordneter (Zentr.): Meine Damen und Herren! Wenn ich auch gleich dem Herrn Vorredner mit dem vorläufigen Verbote, die Schüler zu zwingen, für den Unterricht Geschichtsbücher anzuschaffen, Einverständnis bin, so möchte ich doch hier scharf betonen, schon aus Standesgefühl heraus, daß ich sehr wohl verstehe, wenn Amtsgenossen gegen diese Verfügung sind, und überzeugt bin, wenn sie diese Verfügung bekämpfen, daß sie es aus pädagogischer Überzeugung tun und nicht deswegen, weil sie durch die Abfassung solcher Bücher Geld verdienen.

(Sehr richtig! im Zentrum)

Wenn dann der Herr Vorredner gesagt hat, man solle doch den Geschichtsunterricht überhaupt abschaffen, so bin ich anderer Meinung. Aber ich bin kein Geschichtslehrer; wie ich mir habe sagen lassen, erteilt der Herr Vorredner Geschichtsunterricht, er muß also über den Wert dieses Unterrichts am besten urteilen können.

(Sehr gut! im Zentrum)

Er kann beurteilen, ob er überflüssig ist oder nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Haas: Ich gebe keinen Geschichtsunterricht!)

— Ich habe es mir sagen lassen. Dann habe ich mich geirrt und nehme das zurück.

Für die Abschaffung des Geschichtsunterrichts scheint man auch auf anderer Seite zu sein. Als neulich mein Parteifreund Gronowski auf den Kulturkampf zu sprechen kam, erwähnte er, daß zahlreiche Gemeinden ihrer Seelsorger beraubt wären, daß viele Bischöfe und Priester in die Verbannung gehen müßten und im Gefängnis säßen und dergleichen mehr. Da machte der deutschnationale Abgeordnete Budjuhn den geistreichen Zwischenruf: »Das ist schon lange her«. Wenn ich mich in den Gedankengang hineindenke, aus dem der Abgeordnete Budjuhn den Zwischenruf machte, so muß ich sagen: der Geschichtsunterricht muß abgeschafft werden. Was im Geschichtsunterricht gelehrt wird, ist alles schon sehr lange her, sonst ist es ja keine Geschichte.

Aber ich kann Herrn Budjuhn die Versicherung geben: wir Katholiken in Deutschland und besonders in Preußen werden die Erinnerung an den Kulturkampf bei den heranwachsenden Geschlechtern stets wach erhalten. Wir werden das nicht in der Absicht tun, den konfessionellen Frieden zu stören, sondern wir werden es tun, damit diese heranwachsenden Geschlechter von Katholiken der opferwilligen Glaubensstreue ihrer Eltern, ihrer Bischöfe und Priester stets eingedenk bleiben, und damit unsere Glaubensgenossen hier im Vaterlande sich dessen bewußt bleiben, daß keine Regierung, mag sie noch so stark sein, die Kraft besitzt, einen siegreichen Kampf gegen die katholische Kirche in Deutschland zu führen, wenn die Katholiken mit ihren Priestern einig zusammensitzen.

(Sehr gut! im Zentrum — Zuruf rechts: Ebenso machen wir es mit der Reformation!)

Wenn es auch schon lange her ist, werden wir doch die Erinnerung daran wachhalten.

Aber vielleicht hat Herr Kollege Budjuhn mit seinem Zwischenruf etwas anderes gemeint. Er hat nicht den Geschichtsunterricht überhaupt verwerfen wollen, sondern nur die Erinnerung an solche Dinge, die unangenehm sind.

(Zuruf)

Man soll — mit anderen Worten — die Geschichte parteiisch darstellen. Den Gegensatz, den der Vorredner zwischen nationaler Geschichte und wahrer Geschichte aufgestellt hat, sehe ich nicht ein. Eine wirklich nationale Geschichte kann und soll wahre Geschichte sein, und die wahre Geschichte kann national sein. Das gebe ich dem Vorredner auch zu, daß die Geschichtsbücher vielfach geschrieben werden, nicht allein um der Wahrheit zu dienen, nicht um die Geschichte objektiv darzustellen, sondern um irgendwelchen Parteien oder irgendwelchen Richtungen zu dienen. Wir Katholiken haben das in unserem Vaterlande genügend erfahren, und wir haben unter der alten Regierung uns sehr oft hier im Hause beklagen müssen über Geschichtsbücher, die anzuschaffen katholische Eltern gezwungen waren, über Geschichtsbücher, in denen das Heiligste, was die Eltern und die Kinder hatten, geschmäht wurde.

(Sehr gut! im Zentrum)

Ich erinnere daran, wie wir uns vor einigen Jahren haben wehren müssen gegen das Buch von Pinze »Die Hohenzollern und ihr Werk«, wie wir uns wehren mußten, als man es den katholischen Kindern aufdrängen wollte, und wie katholische Eltern das Buch, das ihre Kinder als Prämien bekommen hatten, zurückgeschickt und ihrer Entrüstung Ausdruck gegeben hatten, daß man ihren Kindern ein solches Buch gab. Wir haben uns auch hier im Hause mit dem Buche beschäftigen müssen. Ich möchte also betonen, daß die Katholiken in Preußen für die Forderung, daß eine Änderung stattfinden soll, daß Eltern nicht gezwungen werden sollten, mit ihrem eigenen Gelde ihren Kindern Bücher zu kaufen, die ihre heiligsten Gefühle verletzen, volles Verständnis besitzen.

Es sprechen aber auch noch andere Gründe für eine Umarbeitung verschiedener Geschichtsbücher. Herr Dr. Voelz hat am 11. Dezember v. J. hier gesagt:

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Gedanke einer Reform der Geschichtsbücher nicht abzuweisen ist. Wir finden in vielen Geschichtsbüchern den kriegsgeschichtlichen Stoff zu stark betont, die Bücher sind zu breit angelegt, und es ist dazu gekommen, worauf schon hingewiesen wurde, daß das Lehrbuch vielfach zur Hauptfächer im Unterricht geworden ist. Das soll nicht sein. Nun fragen wir: von wem soll die neue Bearbeitung erfolgen? Es geht natürlich nicht an, daß ein bestimmtes Lehrbuch nun einfach im Ministerium umgeändert wird, es muß doch da das Recht des Autors gesichert werden. Vielleicht will der Herr Minister bestimmte Grundsätze ausgeben, nach denen die Geschichtsbücher geändert werden sollen. Dagegen läßt sich nichts sagen, und das ist auch bisher so gewesen. Wir möchten ihn aber bitten, bei der Aufstellung der Grundsätze sehr vorsichtig zu sein. Uns will es scheinen, als ob hier der Weg weiter beschritten werden soll, vor dem ich schon vor Monaten hier an dieser Stelle gewarnt habe, nämlich der Weg der Einführung eines Schulbüchermonopols. Ich habe den Eindruck, als ob der Herr Minister den ersten Vorstoß macht — er hat erklärt, daß die Sozialisierung der Schulbücher ihm ein durchaus erstrebenswertes Ziel sei — und als ob der Versuch gemacht werden soll, die Geschichtsbücher im Sinne des Ministeriums und vielleicht im Sinne des sozialistischen Ministers zu ändern. Das ist eine außerordentliche Gefahr, selbst dann, wenn ein neues Geschichtsbuch vom Ministerium herausgegeben werden soll. Wir würden darin eine bedauerliche Uniformierung und einen bedauerlichen Gewissenszwang für die Lehrer sehen müssen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Reformen nötig sind, wir empfehlen, daß man vielleicht eine gut geschriebene Tatsachensammlung einführt und daneben ein Quellenlefebuch für den Unterricht benützt, wie wir es für den evangelischen Religionsunterricht bereits seit längerem getan haben.